

19. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zusagen einhalten: Tarifsteigerungen für Zuwendungsempfängerinnen sicherstellen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert sicherzustellen, dass alle Senatsverwaltungen alle Tarifsteigerungen des TV-L an ihre jeweiligen Zuwendungsempfänger*innen weitergeben und damit das politische Versprechen eines vollständigen Tarifausgleichs für alle öffentlich geförderten Träger und Institutionen einlösen.

Dazu soll der Senat das erprobte, zentrale Tarifmittel-Verfahren wieder einführen und damit Handlungssicherheit in den diversen Zuwendungsstellen schaffen.

Wie ein aktuelles Schreiben der Sozialsenatorin zeigt, scheitern die Senator*innen offenbar an der vom Senat gewünschten dezentralen Verantwortung.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 30. September 2025 zu berichten.

Begründung

Der Senat finanziert viele für Berlin gute und wichtige Projekte über Zuwendungen.

Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) hat, wie in den letzten Tagen öffentlich bekannt wurde, in einem Schreiben an ihre Senatskolleg*innen für die Auszahlung der Tarifmittel durch die Fachverwaltungen des Senats geworben. „Ich möchte Sie mit diesem Schreiben darum bitten, das Ziel der ‚Guten Arbeit‘ insbesondere bei den in Ihrer Zuständigkeit gewährten Zuwendungen bzw. bezirklichen Leistungsverträgen weiter zu verfolgen“, heißt es laut Tagesspiegel in dem Brief.

Der Brief und Berichte von Trägern zeigen, dass die Streichung der zentralen Vorsorge für Tarifierhöhungen im Landeshaushalt offenbar auf Verwaltungsseite nicht gut vorbereitet und rückblickend ein Fehler war.

Die Grundlage für den Beschluss des Landeshaushalts war aber immer: Das Geld für die Refinanzierung von Tarifierhöhungen im TV-L ist da.

Ursache der chaotischen Refinanzierung ist vor allem Handlungsunsicherheit der diversen Zuwendungsstellen. Dies ist angesichts des Hin und Her der Haushaltswirtschaft leider nachvollziehbar. Diese Handlungsunsicherheit kann der Senat durch die Wiedereinführung des erprobten, zentralen Tarifmittel-Verfahrens abstellen.

Berlin, den 8. April 2025

Jarasch Graf Ziller
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen